

## Atomstrom für BS

Worüber kaum jemand spricht - Braunschweig hat sich mit dem langfristigen Strom-Vertrag zwischen BS-Energy und E.ON Atomstrom in die Netze geholt.



Eigentlich sollten die großen Strommengen nur gekauft und mit Gewinn weiterverkauft werden; das ging fünf Jahre gut, dann platzte 2011 dieses Geschäftsmodell.

Nun verdrängt der schmutzige Strom aus abgeschriebenen Atom- und Kohlekraftwerken des E.ON-Konzerns die relativ saubere Energie aus dem neuen Gas- und Dampf-Kraftwerk (GuD) an der Uferstraße. Thematisiert wurden lange von BS-Energy-Aufsichtsrat und Vorstand nur die um bis zu 70 Millionen € jährlich eingebrochenen Gewinne seit 2013, durch die auch der Stadt mit ihrer 25,1%igen Beteiligung fest eingeplante Einnahmen fehlen.

### „Dreckiger Strom“ aus Kohle und Atom

Das ist aber nur der finanzielle Teil des Problems; zum Jahreswechsel 2016 gab der AR-Vorsitzende Markurth den Hinweis im Interview mit der nb: „Die günstigsten Produkte am Markt sind Kohle und Atomstrom“. Also die Luftverschmutzer und die Atomenergie. Die sogenannten „sauberen Energien“ dagegen seien die Verlierer. Zu den Verlierern zähle auch das klimaschonende Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk an der Hamburger Straße. **Kosten:** 85,9 Mio €. Das könne jetzt nicht effektiv arbeiten, weil die Netze mit

subventioniertem „dreckigem“ Strom gespeist werden. Und der Vorstandsvorsitzende Kai Uwe Krauel gestand am 25.7.2016 dem Finanzausschuss ein, dass „diese hochmoderne, klimaschonende Anlage seit einigen Jahren nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden (kann) und nur noch ca. 50 Prozent der geplanten Betriebsstunden am Netz - und immer häufiger vom Netz genommen werden (muss)“. Den Verbrauchern und Kunden von BS-Energy verschweigt man diese Informationen allerdings und wiegt sie stattdessen - wie noch in diesem Sommer auf dem Kohlmarkt - mit blauen Liegestühlen in Öko-Strom-Laune.

**BS-Energy: Schieflogen und schlaflose Nächte ... lesen Sie weiter auf Seite 2**

## Umdenken ...



Foto: Michael Gläser

## ... rund um Stiddien, Geitelde und Timmerlah

**Können Wahlen manchmal doch etwas bewirken?** Im kleinsten der 19 Stadtbezirke kam die BIBS mit ihren Themen „Interkommunales Gewerbegebiet“ und Wassergefährdung durch Fracking so gut an, dass

sowohl CDU als auch SPD zusammen mit der BIBS beide Themen erneut auf die Tagesordnung setzen wollen. Zur Wahl des neuen Ortsbürgermeisters war die BIBS-Stimme das Zünglein an der Waage. red

## Speed-Dating



Foto: Michael Gläser

**Eigentlich braucht die Gesellschaft doch junge, engagierte Menschen, oder?** Berkan Kurtoglu fragte kurz vor der Kommunalwahl den Ministerpräsidenten Stephan Weil bei dessen „Speed-Dating“ im Rahmen des Kommunalwahlkampfes auf dem roten Sofa, warum aus der versprochenen Hilfe nichts wurde. Immerhin

hat Weil dann angeregt, mal einen anderen Berufsberater einzuschalten. Von solchen Sprüchen kurz vor einer Wahl hatte Berkan die Nase voll, er kandidierte für die BIBS und wurde auf Antrieb in den Bezirksrat Viewegs Garten/Bebelhof gewählt. Die BIBS freut sich über junge, engagierte Menschen wie Berkan. red

## BIBS denkt über Bundestag nach

Bei kommunalen Themen ist die BIBS ja ganz erfolgreich und hat stadtweit erheblich an Wählerstimmen hinzugewinnen können.

Doch bei Fragen wie Rente mit 67, Atom-Zwischen und -Endlager, Kitas als öffentliche Bildungsaufgabe, Fracking und Glyphosat-Verbot oder CETA endet der Einfluss. Und das, obwohl landauf, landab von mehr Bürger-Demokratie die Rede ist. Könnte Direktkandidatur zum Bundestag zur Bürger-Formel werden? Nach den machtvollen Demonstrationen, Massenklagen und Petitionen zum Freihandelsabkommen CETA wird nicht nur in Braunschweig genau darüber nachgedacht. Die Verfassung sieht das sogar ausdrücklich mit der Erststimme vor: In jedem einzelnen

der bundesweit 299 Wahlkreise wird eine Kandidatin bzw. ein Kandidat direkt in den Bundestag gewählt, die/der eigentlich diesen Wahlkreis und nicht etwa eine Partei vertritt. Die Wahllisten der Parteien dagegen werden durch die Zweitstimme repräsentiert.

Dass die Parteien auch noch die DirektkandidatInnen in den Wahlkreisen dominieren, muss nicht so sein und war von den „Müttern und Vätern“ des Grundgesetzes so auch gar nicht gedacht. Das käme der BIBS entgegen, die ja keine Partei ist: Sollte die BIBS den designierten Kandidaten wie Carola Reimann von der SPD und Carsten Müller von der CDU mit einer eigenen Direkt-Kandidatur begegnen? Was meinen Sie? red

Der EU-Abgeordnete Lange von der SPD reagierte schnippisch: „Dann lassen Sie sich doch selbst aufstellen ...“



Dr. Uwe Meier im Gespräch mit den Herren Stolper (BUND) und Lange (SPD/MdEP)

**CETA-TTIP-Diskussion am 7.10.2016:** Drei Braunschweiger Initiativen (Fair in Braunschweig, Umwelt- und Friedenszentrum) hatte Dr. Kerstin Lindner (BIBS), die Organisatorin, zusammengeführt. Die Diskutanten lagen vor ca. 100 Zuhörern oft nicht allzu weit auseinander. Herr Lange kon-

zedierte, dass TTIP „ein totes Pferd“ sei. An CETA aber hielt er fest - trotz aller Bedenken. Bemerkenswert: Bis auf Peter Rosenbaum von der BIBS, waren keine Mandatsträger aus Braunschweig der Einladung gefolgt. Soviel zum Zustand unserer kommunalen Demokratie! Dr. Ingeborg Gerlach

# Schief lagen: Missachtete Ratsbeschlüsse und ...

Nach der Atomkatastrophe im Jahre 2011 hatte der Rat beschlossen, dass BS-Energy „auf den Einkauf von Strom aus Kernkraftwerken vollständig verzichten“ sollte (Ratsbeschluss Nr.1828/11 vom 13.12.2011). Warum wurde dieser Beschluss nicht umgesetzt, obwohl doch die Stadt mit 25,1 % die sog. „Sperrminorität“ besitzt, den Aufsichtsratsvorsitzenden sowie zwei weitere Aufsichtsratsmitglieder (je einer von der SPD und von der CDU) stellt? BS-Energy wurde darüber hinaus im Ratsbeschluss Nr.1828/11 auch aufgefordert, „unverzüglich die Schaffung regenerativer Energieerzeugungsanlagen in Braunschweig intensiv voran-

zutreiben“ und dazu „ein Programm für die nächsten fünf Jahre vorzulegen“. Diese fünf Jahre sind nun vorbei, und es gibt kein solches Programm. Warum nicht, will nun BIBS mit einer Anfrage vom 26.10.2016 an den Oberbürgermeister als gleichzeitigen Aufsichtsratsvorsitzenden von BS-Energy wissen.

## Bitt-Briefe an Wirtschaftsminister Gabriel

Mit Briefen vom 14.12.1015, vom 20.4. und vom 13.9.2016 hatten sich die Vorsitzenden von Vorstand und Aufsichtsrat, Krauel und Markurth, an das Wirtschaftsministerium nach Berlin gewandt und um zusätzliche finan-

zielle Zuwendungen gebeten, weil das neue Gas- u. Dampf-Kraftwerk sonst nicht ökonomisch betrieben werden könne.

## Kommentar - Was ist los bei BS-Energy?

Der Vorstandsvorsitzende Krauel, ein Veolia-Mann, hat schlaflose Nächte, der Aufsichtsratsvorsitzende Oberbürgermeister Markurth schreibt am 23.9.2016 einen Bettelbrief an Gabriel nach Berlin. Steht es denn so schlimm um das einst stolze Stadtwerk? Das Stromgeschäft krankt an einem 20-jährigen Vertrag mit E.ON, der die Lust zur Stromproduktion an der Uferstraße



ausgebremst hat. Die Fernwärme-Sparte, einstiger Zukunfts-Garant mit gesichertem Kundenstamm, wurde zu lange auf Verschleiß der betagten Öfen gefahren. Woher die Wärme in zehn Jahren nehmen? Eine Pipeline nach SZ bauen, um Wärme aus den Stahlwerken herzuleiten? Absurde Vorstellung sollte man meinen, oder? Welche Zukunfts-Pläne hat denn der Mehrheitsgesellschafter Veolia? Die Stadt als Mit-Gesellschafter ist planlos und schiebt eine Weichenstellung

über eine Re-Kommunalisierung immer weiter hinaus, obwohl bereits in knapp zwei Jahren die Grundentscheidungen zur erneuten Konzessionsvergabe über die Strom- und Leitungsnetze anstehen. Das einstige städtische Juwel ist unter Veolia-Leitung zur heißen Kartoffel mutiert. Weitere Geheimniskrämereien zu den Schief lagen bei BS-Energy schaden der Stadt.

Peter Rosenbaum



## ... schlaflose Nächte

### Energie- und Stromkrise schuld?

Eine allgemeine Energie- und Stromkrise sei verantwortlich für das Braunschweiger Stadtwerke-Desaster. Dann sehen wir uns doch die Zahlen mal an:

#### Eingebrochene Gewinne bei BS-Energy:

(gemäß Stellungnahme der Verwaltung v. 23.1.16 16-01410-01)

2011 95,2 Mio. €	2014 25,3 Mio. €
2012 94,1 Mio. €	2015 28,3 Mio. €
2013 35,0 Mio. €	(mündlich im FA beziffert: )

**Kam es denn etwa zum Gewinneinbruch bei der Fernwärme?** Nein, Gewinn stabil bei rd. 20 Mio. €, ... **beim Wasser?** Nein, Gewinn stabil bei 2,5 Mio. €, ... **beim Gas?** Nein, Gewinn stabil bei 1,5 Mio. €, ... **bei Abwasser und Beleuchtung?** Nein, Betriebsergebnis bei 5 Mio. €! Nicht mal beim Strom gibt es die Gewinn-Einbrüche, soweit (selbst-produziert) die (realen) Braunschweiger Kunden versorgt werden. Millionen-Einbrüche dagegen durch den Vertrag mit E.ON von rd. 55 Mio. € (über

ein sog. „virtuelles Kraftwerk“). Alle Zahlen nachzulesen in den Geschäftsberichten von BS-Energy. Dieser bislang noch geheim gehaltene E.ON-Strom-Liefervertrag (übrigens im Umfang des Dreifachen des realen Braunschweiger Kundenbedarfs aller Stromanbieter) hat eine Laufzeit bis 2025. Oberbürgermeister Markurth als Aufsichtsratsvorsitzender und Rat sind gefordert, ihn sich zeigen zu lassen. Erst dann kann bewertet werden, wie groß die Risiken der Stadt für die nächsten 9 Jahre sind. ros

## Wer haftet für die verzockten Millionen?

Bereits im Juni 2013 hatte die BIBS-Fraktion um Aufklärung eines Geheimvertrages zwischen BS-Energy und E.ON gebeten, welcher der Stadt seit 2013 jährliche Einnahmeverluste in zweistelliger Millionen-Höhe beschert. (Siehe dazu auch die damalige Ratsmitschrift aus 6/2013). Das sei eben ein besonderes Geschäftsmodell, so ausgefuchst, „dass der Fragesteller verständlicherweise den Vorgang nicht wirklich verstanden hat“, brüstete sich noch am 24.6.2013 der damalige Aufsichtsratsvorsitzende und Oberbürgermeister Hoffmann. Akten-einsichten in die Verträge werden der BIBS seit 3 Jahren verweigert. Verantwortlich waren CDU und SPD im Aufsichtsrat von BS-Energy, die im Jahre 2005 die Veolia-Geschäftsführung zu spekulativen Kraftwerks-Geschäften ermächtigten. Das Katz-und-Maus-Spiel setzt sich auch unter dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden OB Markurth bis heute fort. Nun unterlag BS-Energy vor dem Landgericht München am 9. August 2016: BS-Energy und Stadt

bleiben demnach wohl auf Spekulationsverlusten sitzen. Die Ratsgremien erfuhren allerdings davon - trotz weiterer Nachfrage der BIBS-Fraktion am 6.9.2016 im Verwaltungsausschuss - nichts. Erst nach noch einer eindringlichen Nachfrage der BIBS am 13.10.2016 kam das öffentliche Eingeständnis des Finanzdezernenten Geiger.

### Warum wurden Risiken nicht geprüft?

Die BIBS-Fraktion hatte auch bereits die Haftungsfragen gestellt, zumal der Vertrag mit E.ON, der eigentlich nur bis 2012 laufen sollte, auch noch klammheimlich bis zum Jahr 2025 verlängert worden ist. Auch blieb bis heute die Frage offen, warum offenbar die Risiken gar nicht geprüft worden sind. Immerhin ist es der Stadt kommunalrechtlich untersagt, solche Risiken gegenüber dem Stadthaushalt überhaupt einzugehen.

Somit kommen auch die Aufsichtsratsmitglieder in die Schusslinie, allen voran der Ex-Aufsichtsratsvorsitzende Hoffmann, der sowohl den ursprünglichen Vertrag im Jahre 2005, dann die stillschweigende Vertragsverlängerung und auch die Verschleierungen der Umstände im Rat bis Mitte 2014 mitgemacht hat. Nach 2014 treffen die Vorwürfe der Verschleierung nun den Oberbürgermeister Markurth (SPD).

red

## Zahlen von BS-Energy

Im Lagebericht 2006 wird erstmals über einen weitreichenden Vertrag mit E.ON berichtet, mit dem Strom-Engagements in mehrfacher Größenordnung - gemessen an der ursprünglichen Braunschweiger Versorgung (im Jahre 2012 3.859 GWh) - eingegangen wurden. Aus dem Lagebericht 2006 ist zu ersehen: „Der Vertrag trat am 1.1.2006 in Kraft und lief zunächst bis zum 31.12.2013“. Er enthält eine weitreichende Verlängerungs-Option um weitere 12 Jahre bis zum 31.12.2025.

### Übersicht Angebot -

Gesamtmenge des selbst-produzierten und zugekauften Stroms pro Jahr rd. **5.000 GWh**

**Davon:** (gem. Geschäftsber. 2011)

- Heizkraftwerk Uferstraße **635 GWh**
- Kraftwerksbeteiligung Mehrum **602 GWh**
- „Virtuelles“ Kraftwerk mit E.ON **3.859 GWh**

**Bei einem Verbrauch in Braunschweig von rd. 1.300 GWh**

### Davon eingespeist von BS-Energy ins BS-Netz\*:

**2011 699 GWh**  
**2012 702 GWh**  
**2013 653 GWh**  
**2014 605 GWh**

(\*Stellungnahme der Finanzverwaltung vom 22.1.2016 Nr.16-01410-01)

Andere Anbieter speisen noch einmal so viel Strom ins Braunschweiger Stromnetz ein.

red



## Freunde beim Steuer-Sparen

### Braunschweiger Rathaus half Veolia auch noch beim Steuer-Sparen mit Blanko-Vollmachten

**Kaum bekannt sein dürfte, dass die Stadt dem „Partner“ Veolia auch noch beim Steuer-Sparen half.**

Kurz nach Einstieg von Veolia bei der damaligen Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft bat veolia um eine Änderung der Gesellschaftsform von Aktiengesellschaft (AG) auf „Kommanditgesellschaft auf Aktien“ (KGaA).

Vorteil für Veolia: Damit fielen für Veolia in Deutschland keine Steuern auf die in Braunschweig erzielten Gewinne mehr an. Weil diese Konstruktion dann auf Schwierigkeiten bei den französischen Finanzbehörden stieß, halfen die Braunschweiger Ratsgremien im Jahre 2008 noch einmal dem

Geschäftspartner, indem das Rathaus ermächtigt wurde, zugunsten Veolias weitere nötige gesellschaftsrechtliche Erklärungen abzugeben.

### SPD-Zustimmung - weil: Guten Freunden hilft man nun mal!

Herausgekommen sind diese schier unglaublichen Begünstigungen Veolias durch Nachfragen der BIBS und Akteneinsichten. CDU/FDP und SPD segneten übrigens ohne Wimperzucken all dies zugunsten Veolias ab, die Grünen verstanden wohl die Konstruktionen nicht und konnten nur zur Stimmenthaltung bewegt werden, die Linken hatten im Finanzausschuss kein Stimmrecht.

Als Rechtfertigung seitens der SPD kam nur sinngemäß, unter Geschäftspartnern helfe man sich nunmal.

Von solcher Einstellung war dann auch das Wirken der SPD- und CDU-Mitglieder im Aufsichtsrat von BS-Energy geprägt, durch das zwei Jahre hintereinander völlig überhöhte Strom- und Gaspreise abgenickt worden sind, die dann durch die Regulierungsbehörden wieder nach unten korrigiert werden mussten. Kurz zuvor war der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Winter zum Geschäftsführer von BS-Energy Netzgesellschaft avanciert.

Peter Rosenbaum

## Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
redaktion@buergernitiativen-braunschweig.de  
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,  
38120 Braunschweig  
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach  
Druckerei: Druckzentrum Cellesche Zeitung,  
Bremer Weg 186, 29223 Celle

# Wie die BBG Mieterhöhungen mit den Flüchtlingen erklärt

**Mietpreissteigerungen bei der BBG? Schuld sind nach Meinung der BBG die anderen. Die Wahrheit ist das nicht.**

Im Editorial des BBG Journals dieses Sommers beklagt sich Herr Kalleicher, Vorstandsvorsitzender der BBG, dass die Stadt die Grundsteuer erhöht, obwohl doch die Mieten gerade explodierten und die BBG überall aufgefordert würde, preiswert zu vermieten. Wir lesen: „Diese Grundsteuer führt [...] in vollem Umfang zur Erhöhung der Miete, in diesem Fall der Nebenkosten“. Gerade diese Nebenkosten seien es aber, so Kalleicher, die in den letzten 20 Jahren zu den größten Mieterhöhungen beigetragen hätten. Die BBG steht seit einiger Zeit im Verdacht, Mieten mutwillig nach oben zu treiben. Nun versucht Kalleicher offenbar den Befreiungsschlag. Schuld an den Mietpreissteigerungen - so suggeriert er - sind maßgeblich die anderen: hier zunächst einmal die Stadt. Ein Blick auf konkrete Zahlen straft diese Suggestion Lügen: Für meine

BBG-Wohnung in der Kalandstraße führt die 10%-Erhöhung der Grundsteuer zu einer Erhöhung der Gesamtmiete um ein Promille (konkret 0,35 € pro Monat). Ein Witz.

Die Miete meiner Wohnung wird im nächsten Jahr aber wegen allein von der BBG zu verantwortenden Modernisierungsarbeiten um ca. 70 % steigen. Für Neumieter wird's noch mal deutlich teurer. Die Stadt, die von der BBG jetzt der Mietpreistreiber bezichtigt wird, hat der BBG übrigens ein halbe Million Euro Fördergelder angeboten, damit die Mieten in der Kalandstr. auch nach der Modernisierung erschwinglich bleiben. Die BBG hat abgelehnt. Darüber natürlich kein Wort im Journal.

So weit, so unerquicklich. Richtig heikel wird es aber auf Seite 7 des besagten BBG-Magazins. Dort wird ganzseitig dargelegt, warum die Stadt Braunschweig die Grundsteuern erhöht, die die Mieten ja ach so sehr steigern. Neben den zu erwartenden Einnahmeausfällen bei VW, so lesen wir, ergäben sich Haushaltsbelastungen unter ande-

rem durch die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen seit Jahresbeginn. So stehen am Ende die Flüchtlinge als maßgeblich schuld an den galoppierenden Mieten da.

Die BBG könnte diesen fatalen Fehlschluss im nächsten BBG-Magazin mit einem Hinweis darauf beheben, dass die Grundsteuererhöhung von 10% anders als suggeriert für die Mieten unerheblich ist. Leider lehnt die BBG das ab. *Matthias Witte*

# Schnelles Internet

**Einsatz der BIBS erfolgreich - schnelles Internet plötzlich doch möglich**

Nachhaken der Anwohner im Neubaugebiet Roselies-Nord und im Mastbruch, unterstützt von BIBS-Infoständen zu Beginn des Jahres vor dem Netto-Markt im Kreuzungsbereich Roseliesstraße, und Unterschriftenlisten beflügelten die Telekom.

(Siehe auch U-B Nr.14, Dez. 2015, S. 6 „Internet ausgebremst“)

Das vor knapp einem Jahr noch „Unmögliche“ wurde jetzt möglich gemacht: Seit dem 1. November 2016

erhalten die Häuser schnelles Internet mit Zugängen bis zu 100 MBit/s. Das ist 50mal mehr als bisher.



Image ID: 31537774 Copyright Digieye | Dreamstime.com http://www.dreamstime.com/digieye\_info

# Absurdistan im Kanzlerfeld

**Ein satirischer Beitrag**

**Der Betreiber eines funktionierenden Supermarktes hat sich in den Kopf gesetzt, im Kanzlerfeld einen Neubau hinzusetzen, obwohl es ja schon ein etabliertes Einkaufszentrum gibt.** Zu klein wäre sein Laden, so hat sich der eifrige Händler der Stadtverwaltung gegenüber geäußert. Und gleich seinen Schwager mitgebracht, der dann den neuen Laden baut. Wie einst der Sonnenkönig tritt

Dabei macht man auch nicht Halt vor weiteren Absurditäten: Schutzwälle kommen jetzt in Mode - Daran muss man sich wohl auch beim Besuch eines Supermarktes gewöhnen. Zumindest dann, wenn dieser auf ein viel zu kleines Grundstück gezwängt werden soll. Bislang gab es so etwas allenfalls im Traum. Jetzt aber soll nach dem Willen der Investoren und der Verwaltung dieser Alptraum wahr werden: Nahezu turmhohe Lärmschutzwände

einer sagt: „... Dieser Laden ist mir zu klein - ich brauche einen größeren. Sonst schließe ich“. Dann ist das der erste Schritt zum DIKTAT. Was kommt danach? Nun das kann man im Markt der Lebensmittel unter den Stichworten EDEKA/TENGELMANN etc. gut beobachten. In 7 Jahren ist auch der neue Markt zu groß, zu eckig oder zu ... Die nächste Runde nach dem Motto: „Friss oder Stirb“ kommt also garantiert. Das Mantra der Größe kann nicht unendlich gesungen werden. Bravo-Park, Nordstadt, Kanzlerfeld ... überall größere Märkte. Wer soll denn noch mehr einkaufen? Wann gibt es ein „Nein“ von Politik und Stadtverwaltung? Wehrt sich der Bürger, so stört er. Still soll er sein. Ist er das nicht, dann wird er eben eingemauert.

Auch an anderen Stellen dieser schönen Stadt finden derart beklagenswerte Zustände statt. Am Rebenring hat die Stadt einen Neubau genehmigt, der ebenfalls gegen Recht und Ordnung verstößt. Nur hat man dort vollendete Tatsachen geschaffen und das Objekt einfach gebaut. Jetzt hat man sich vor Gericht gestritten, vor dem die Stadt mit Pauken und Trompeten verliert: Doch statt die richtigen Lehren daraus zu ziehen, argumentiert sie nun: Alles nur Formalitäten. Willkommen in Absurdistan! *Katrin Thies, Braunschweig*



man auf und erklärt der Stadt, wie das alles zu gehen hat. Die Politiker, die ja meist nicht vom Fach sind, machen daraufhin einen „Deal“. Wider besseren Wissens. Und die Stadtverwaltung hat dem dann mal schnell zugestimmt. Weil ja alles so bequem schien. In dem nunmehr seit über 5 Jahre währenden Genehmigungsverfahren ist eines deutlich geworden: Die Interessen des Bürgers, der dort wohnt, spielen keine Rolle. Es geht nur um Geld, Macht, Formalismen. Um Gesundheit und Lebensqualität geht es schon lange nicht mehr. Etwaige Verbesserungsvorschläge werden weggewischt, Störungen werden im Gutachterstreit hin und her geglättet und zu Formalitäten banalisiert.

inmitten eines Reinen Wohngebietes. Alles ausgeleuchtet und funktionell. Alles dort, wo bislang Bienen summen, Mäuse tanzen, Gänseblumen blühen und Kinder spielen. **Willkommen in Absurdistan!** Schutzwälle? Wofür denn? Wer oder was soll eigentlich geschützt werden? Der Anwohner? Das Stadtbild? Oder etwa die Natur? Das Bizarre ist: Bislang braucht man ja keine Schutzwälle. Denn alles funktionierte gut und war in Ordnung. Und jetzt sollen Mauern gebaut werden, wo es doch immer wieder heißt: Reiß Mauern ein! Nein - geschützt werden soll wohl der Betreiber. Geschützt werden soll er vor dem Wettbewerb. Denn wenn

**Fakten: 11.2009: Stadtbezirksrat entbindet die Fläche von einer Jugendeinrichtung 05.2010: Stadtbezirksrat beschließt Aufstellung eines Bebauungsplanes 05.2014: 1. Auslegung des Bebauungsplanes 01.2016: 2. Auslegung des Bebauungsplanes 11.2016: 3. Auslegung des Bebauungsplanes wird erwartet.**

# Mehr Kapital:

## Nibelungen soll Wohnungen bauen

**Es war keine gute Idee, vor zehn Jahren 1.000 Nibelungen-Wohnungen zu verkaufen und die stadteigene Gesellschaft über Gewinnabführungen an den städtischen Haushalt auszubluten.**

Die BIBS forderte die Rückgabe des Kapitals und stellte im April 2015 einen offiziellen Antrag auf Kapitalerhöhung. Mitte September 2016 vereinbarten die Fraktionen von SPD, Grünen und BIBS die Kehrtwende, da heißt es auszugsweise:

**Vereinbarung zwischen den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Bürgerinitiative BIBS** „Die unterzeichnenden Fraktionen bekennen sich zur im Gesellschaftsvertrag der Nibelungen Wohnbau GmbH festgelegten Ziel der Gesellschaft, qualitativ guten und bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu schaffen.

- Die Nibelungen Wohnbau GmbH verfolgt zukünftig eine Wachstumsstrategie und baut ihren Bestand an Wohnungen bis zum Jahr 2025 kontinuierlich aus.

- Zielsetzung ist es, neben der quantitativen Erhöhung der im Bestand der Nibelungen Wohnbau GmbH befindlichen Wohnungen auch die Erhöhung der im kommunalen Vergleich zu niedrigen Eigenkapitalquote des Unternehmens von derzeit 14,7 % auf ein marktübliches Niveau von über 20 % zu erreichen.“

**Bereits zum Wirtschaftsplan 2018 ist eine Kapitalerhöhung von 2,5 Mio. € aus städtischen Mitteln eingeplant.**

Immerhin, ein kleiner Anfang zur Rückerstattung der insgesamt 46 Mio. €, die der Nibelungen infolge der Privatisierungspolitik zwischen 2005 und 2010 entzogen worden sind. *red.*

**Rumänien** EIN BLICK in fremde Kulturen  
Ein Land zwischen alter bäuerlicher Tradition, einer wechselhaften Geschichte und einer Bevölkerung aus Rumänen, Roma, Ungarn und Deutschen. Rumänien, Transsilvanien und Paläste der Roma am **24.11.2016 um 19:00 Uhr im Gemeindegemeinschaftssaal der Dankeskirche Tostmannplatz, 38108 BS** *ART*

# ART beklagt ... Ist die Polizei auf dem rechten Auge blind?



Im NDR-Hörfunk-Feature „Immer wieder montags: Pegida-Aufmarsch in Braunschweig“ äußerte Michael Rügenhagen, Leiter des Braunschweiger Staatsschutzes, gegenüber der Autorin Claudia Gorille, er sehe das Problem vor allem in vermeintlich linken Gegendemonstranten, einer aggressiven sog. Antifa und dem Bündnis gegen Rechts. **Bragida-Teilnehmende würden demnach immer wieder von Gegendemonstrierenden angegangen.** Mit ca. 120 Strafanzeigen ging die Polizei gegen Gegendemonstrierende von Bragida vor. Weswegen? Den Ein-

satz von Trillerpfeifen oder einer Taschenlampe nahm die Polizei genauso zum Vorwand für Festnahmen und Anzeigen wie - in 86 Fällen - (Sitz-) Blockaden, die den regelmäßigen rassistischen Aufmarsch mehr als einmal stoppen konnten. Ein Journalist wurde am 29.02.2016 bei seiner Arbeit zu Boden gebracht, abgeführt und ihm seine Speicherkarten mit sich darauf möglicherweise befindendem Bildmaterial von Polizeigewalt abgenommen. Über die Hälfte dieser Strafverfahren wurden durch die Staatsanwaltschaft zur Ordnungswidrigkeit abgestuft. Einsprüche gegen die anschließend durch die Stadt Braunschweig erlassenen Bußgeldbescheide sind i. d. R. erfolgreich. In 26 Fällen lehnte das Amtsgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen der Rechtswidrigkeit des Polizeieinsatzes ab. Bekannt sind in

Strafsachen bereits 36 Verfahrenseinstellungen und 2 Freisprüche. Ein Strafbefehl wurde wegen Fristversäumnis des Betroffenen rechtskräftig. Es gab 2 Verwarnungen ohne Strafe nach Jugendstrafrecht. In 5 Fällen ist der Verfahrensausgang noch offen, in 4 unbekannt. Es ist bislang nicht eine einzige Verurteilung wegen eines Körperverletzungsdeliktes bekannt. *Quelle: Rote Hilfe e.V.* Die in der Unterstützung von Geflüchteten Aktiven der Initiative „Aktiv für Respekt und Toleranz“ (ART) fragen sich: „Wo liegen wirklich die Probleme?“ Brennende Flüchtlingsheime, Angriffe und heimtückische Überfälle auf Ausländer auf offener Straße und die zahlreichen Waffenfunde der letzten Monate bei sogenannten Reichsbürgern und anderen Rechtsextremen zeigen ein hässliches Deutschland.

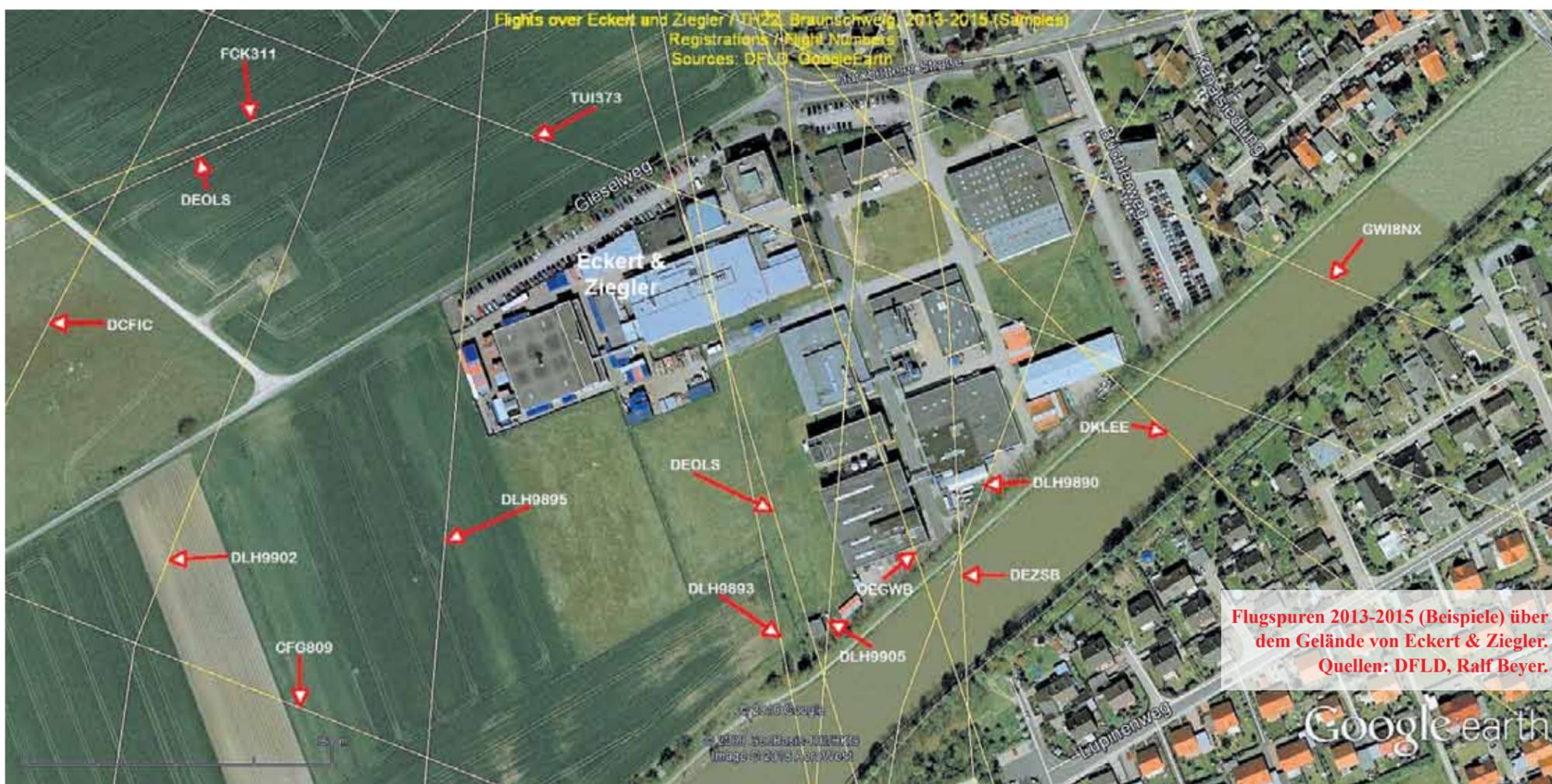
Woche für Woche verbreitet der Braunschweiger Ableger der faschistoiden PEGIDA-Bewegung Hassparolen. Ohne dauerhafte Anziehungskraft blieb der inzwischen auf ca. zwei Dutzend jämmerliche Gestalten geschrumpfte Haufen vor allem dank der ausdauernden und zahlenmäßig überlegenen Gegendemonstrierenden, von denen sich nach wie vor bis zu 80 Menschen einfinden, um den dummen Phrasen und der widerwärtigen Hetze etwas entgegenzusetzen und deutlich zu machen, dass diese Aufstachelung zum Hass auf alle Andersdenkenden eben nicht ausgehalten und hingenommen werden muss. Wenn Hunderte Haftbefehle gegen Neonazis nicht vollstreckt werden, rassistische Hetze unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit legal stattfinden darf, die Polizei dann aber das Problem im antifaschistischen

Protest sieht und Menschen wegen Trillerpfeifen und Sitzblockaden festnimmt und die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt: Dann müssen wir uns fragen, ob die neuen Rechten und andere Rassisten das einzige Problem sind oder nur die offensichtlichen Ausläufer eines zunehmend autoritärer werdenden Staates und einer zunehmend erkaltenden Gesellschaft. *ART Öffentlichkeitsgruppe / red.*



Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern. Spendenkonto: Bürgerinitiative **Stichwort „Spende“**. Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!  
**BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195 Braunsch. Landesspark. 250 500 00 IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95**

# Flüge über dem Gelände von Eckert & Ziegler



Flugspuren 2013-2015 (Beispiele) über dem Gelände von Eckert & Ziegler. Quellen: DFLD, Ralf Beyer.

Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg stellt ein besonderes Risiko im Hinblick auf einen Flugzeugabsturz auf Gebäude der Gewerbebetriebe am Standort Braunschweig-Thune und Freisetzung von radioaktiven Stoffen dar (Quelle: Ökoinstitut, Stellungnahme im Auftrag der Stadt Braunschweig). Dies trifft insbesondere auf das Unternehmen Eckert & Ziegler in Braunschweig-Thune zu, das radioaktives Material in der Nähe von Wohngebieten, Schulen und Kindergärten verarbeitet. Doch die Stadt Braunschweig wiegelt ab.

**Flugzeuge über Nuklearbetrieb?** Ortsansässige wie Frau Mundlos (CDU), die seit fast 30 Jahren in der Nähe des Betriebes Eckert & Ziegler in Braunschweig-Thune wohnt,

wissen seit Jahren, dass der Betrieb – verharmlosend als „sicherheitsempfindliche Firma“ bezeichnet – von Flugzeugen überflogen wird, und zwar nicht nur in großer Höhe. Trotzdem richtet Frau Mundlos offenbar in Erwartung einer genehmen Auskunft im Juni 2016 an die Stadt Braunschweig die Frage: „Inwieweit werden der Mittellandkanal, das Autobahnkreuz, das Schulzentrum, das Planungsgebiet Wenden-West und ggf. sicherheitsempfindliche Betriebe im Bezirk überflogen?“. Die erwartete Antwort lässt nicht lange auf sich warten.

„Der Betrieb in Thune am Mittellandkanal wird nicht überflogen!“ Schon einen Monat später, im Juli 2016, antwortet die Stadt Braunschweig: „Gleichwohl ist schon jetzt festzustel-

len, dass gelegentliche Überflüge mit den geltenden Flugregeln konform sind und insbesondere „sicherheitsempfindliche Firmen“ (worunter wir insbesondere den Betrieb in Thune am Mittellandkanal im Geltungsbereich des Bebauungsplans „TH 22“ verstehen) nicht (bzw. nicht unterhalb der Mindestflughöhe) überflogen werden.“ **Anmerkung:** Die Mindestflughöhe beträgt 1.000 ft, entsprechend 300 m.

**Der Betrieb wird überflogen** Tatsächlich werden der sicherheitsempfindliche Betrieb und das umgebende Planungsgelände TH22 überflogen, und zwar auch unterhalb der Mindestflughöhe. Der Deutsche Fluglärmdienst e.V. (DFLD) zeichnet Flugbewegungen u. a. im Braunschweiger Luftraum auf, bereitet die

Daten grafisch auf und stellt die Ergebnisse für jedermann/frau einsehbar im Internet unter [www.dfld.de](http://www.dfld.de) zur Verfügung. Beispielsweise kann man den verkürzten Link <http://tinyurl.com/heczetj> nutzen und erhält unmittelbar die Aufzeichnung eines Überfluges über das Betriebsgelände von Eckert & Ziegler am 3.11.2015. Wie sieht das Störfallkonzept aus? Fragen der Bürgerinnen und Bürger nach einem Störfallkonzept im Falle eines Flugzeugabsturzes über Eckert & Ziegler bleiben jedoch unbeantwortet.

Dazu Mundlos (CDU) am 10.5.2012 im Nds. Landtag: „Ein Störfallkonzept, das veröffentlicht wird, ist kein Störfallkonzept. Das gilt für die Polizei und für den Katastrophenschutz. Das muss auch für solch eine Firma

gelten. Ein Offenlegen, wie es sich die Grünen wünschen, wäre unverantwortlich und würde die Gesundheit der Mitarbeiter, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort wesentlich und unnötig gefährden“.

**Fazit** Es ist mehr als bedauerlich, dass nicht nur in diesem Fall Auskünfte der Stadt Braunschweig durch bürgerschaftliches Engagement hinterfragt werden müssen und oftmals widerlegt werden können. Ohne ein derartiges Engagement würden Stellungnahmen wie die des genannten Öko-Instituts zu den Risiken am Unternehmensstandort Braunschweig-Thune wirkungslos bleiben, wenn daraus nicht an den tatsächlichen Gegebenheiten orientierte Konsequenzen gezogen werden.

Ralf Beyer

## Roselies Partnerschaft vertieft



Foto: Michael Gläser

V.l.n.r.: Sebastian Barnstorf und Peter Rosenbaum (BIBS), Christian Rhein (Deutsche Botschaft Brüssel), Bürgermeisterin Annegret Ihbe (SPD) auf dem Friedhof „Belle-Motte“ in Aiseau-Présles.

**Braunschweiger Soldaten hatten in Roselies am 22. August 1914 auch Zivilisten hingerichtet.**

In Gedenken an die auch von Braunschweiger Truppen begangenen Kriegsverbrechen legten Vertreter der BIBS am „Monument aux Morts“ und dem Denkmal für den erschossenen Abbé, Joseph Pollart, Kränze nieder.

Der Botschaftsvertreter, Christian Rhein, begrüßte vor allem auch das bürgernahe Engagement aus Braunschweig, durch das die oftmals schwierigen Erinnerungen „niederschwellig“ einer breiteren Öffentlichkeit nähergebracht würden. Bürgermeisterin Annegret Ihbe sprach die offizielle Einladung zum Gegenbesuch nach Braunschweig aus.

red

## Roselieser setzen mit Fest und Baumpflanzung ein Zeichen



Grafik: Ulenspiegel

Ende Oktober haben dann zwei Anwohner und Organisatoren des Festes die Pflanzung und zweijährige Patenschaft für den Roselies-Baum im Wendehammer der Roseliesstraße

Erst wurde im Roseliesquartier am 7. August 2016 gefeiert. Besonders viel Freude hatten die Kinder. Sie standen im Mittelpunkt der Straßenparty.



veranlasst - ein erstes sichtbares Zeichen der Erinnerungspartnerschaft und ganz im Sinne des Botschaftsvertreters in Belgien, Herrn Christian Rhein, „niederschwellig“ mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern diesen Teil der Geschichte zwischen Braunschweig und Roselies/Belgien aufzuarbeiten (siehe Beitrag links).

**Roselies/Braunschweig freut sich auf den Gegenbesuch aus Roselies/Belgien.**

red  
Fotos: [www.braunschweig-spiegel.de](http://www.braunschweig-spiegel.de)